



Mehrwert von Micaela Taroni

Gegenwind im Kampf um Vatikan-Transparenz

Geraten die Bemühungen von Papst Franziskus um mehr Transparenz in den vatikanischen Finanzen ins Stocken? Das fragen sich Vatikan-Insider besorgt, nachdem der Heilige Stuhl überraschend die Zusammenarbeit mit PricewaterhouseCoopers (PwC) eingefroren hat.

Dabei hatte der Vatikan erst vor fünf Monaten ein dreijähriges Abkommen in Höhe von rund drei Millionen US-\$ mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft abgeschlossen. Der Vatikan versichert, der Vertrag sei nicht aufgehoben worden, weil Vertrauen in das Unternehmen oder der Wille nach Transparenz fehle. Vielmehr wolle man den Vertrag mit PwC genauer prüfen, da darin Unregelmäßigkeiten aufgetreten seien.

Wann die Untersuchung wieder aufgenommen wird, bleibt offen. Das wirft Fragen über die realen Absichten des Heiligen Stuhls auf, externen Buchprüfern Zugang zu seinen Bilanzen zu sichern. Nach dem Skandal um finanzielle Missstände und die angebliche Veruntreuung von Spendengeldern hat der Vatikan zwar verstärkt Ein-

sicht in seine Konten versprochen. Doch die Anpassung an internationale Standards bleibt in den Machtzentralen im Schatten der Peterskirche noch ein steiniger Weg.

Die vatikanischen Finanzen wurden lange nicht nach kristallklaren Verfahrensweisen gehandhabt. Dies führte nicht selten zur Unterschlagung von Mitteln. Franziskus' Bemühungen um mehr Klarheit stoßen in Teilen der Kurie auf große Vorbehalte, weil dies eingefahrene Gewohnheiten umwirft.

Ist die Aussetzung des Abkommens mit PwC ein Etappensieg der konservativen Vatikan-Lobbys? Franziskus' engste Mitarbeiter bestreiten dies zwar heftig, doch bei Beobachtern erhärtet sich der Verdacht, dass der Papst mit rauem Gegenwind bei seinen Reformbemühungen konfrontiert ist.



MICAELA TARONI
fcc@wirtschaftsblatt.at

Gastkommentar

Lernprozess der Parteien muss in Gang kommen

Die Bundespräsidentenwahl macht klar: Diejenige Partei, die jetzt den Mittelstand überzeugend vertritt, wird auch die nächste Nationalratswahl gewinnen.

Dieser Präsidentschaftswahlkampf ist eine Abrechnung mit einer uneinigen und reformunfähigen Regierung. Jedoch ist nicht nur die Asylkrise die Ursache, sondern auch die ständige Vernachlässigung des Innovations, Arbeitsplätze und Steuergeld schaffenden Mittelstands. Ohne Mitte entstanden und entstehen Rechts- und Linkspolarisierung, Lagerwahlkampf und eine Wut aufeinander, wie wir sie seit der Ersten Republik nicht mehr erlebt haben. Auch das überschläue Rechts-Überholen von Wendeheer Werner Faymann bringt der SPÖ keine Zuwächse, sondern spaltet die eigene Wählerschaft. Der Koalitionspartner bzw. die angestammte Mittelstandspartei ÖVP trägt durch langfristiges Zulassen der unfassbaren Benachteiligung des Mittelstands in Bezug auf Bürokratie, Sozialkosten, Steuerbelastung, Kreditklemme etc. seine Mitverantwortung und wurde auch entsprechend bestraft.

Weil die Wähler den anwachsenden Reformstau, verbunden mit ebenso zunehmender Leistungsbehinderung, nicht mehr hinnehmen wollen. Weil die Menschen klientelpolitisches Taktieren und dabei Machterhalten und faire und leistungsorientierte Werterhaltung und Mittelstandspolitik sehr wohl auseinanderhalten können.

Alle Parteienvertreter sollten endlich die sehr selbstverständlichen Bedürfnisse und Erwartungen desjenigen Drittels der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, welches diesen Staat trägt und welchem die Menschen in Österreich das größte Vertrauen entgegenbringen.

Wertegemeinschaft fehlt

Ein Drittel der wahlberechtigten Österreicher zählt sich zu einem Mittelstand der Werte Eigentum, Leistung, fairer Wettbewerb und Nachhaltigkeit/verantwortungsvolles Handeln, das sind circa 2,5 Millionen Menschen. Das ist viel mehr, als es Unternehmer gibt, sogar mehr als die circa zwei Millionen Beschäftigten in Betrieben (bis 250 Mitarbeiter) und praktisch mehr, als jede „Großpartei“ Wähler hat.

Die Menschen sehnen sich nach Mitte, nach einer echten und vertrauenswürdigen Wertegemeinschaft. Daher kann es einen auch nicht verwundern, wenn ein Fünftel der Bevölkerung trotz aller traditioneller



Bindungen keine der bestehenden Parteien als für den Mittelstand wählbar ansieht.

Nach dieser Wahl müsste allen klar sein: Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft führt nur zu noch mehr Feindschaft und Hass und zerstört letztlich die Demokratie, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Die große Frage für die Parteien ist jetzt: Was können wir bei diesen Voraussetzungen tun, wie dabei bei der nächsten Nationalratswahl in 2018 zulegen?

Neu aufstellen

Die Oppositionsparteien haben es dabei nur vordergründig leichter – wenn sie nämlich opportunistisch die Spaltung vorantreiben und den Mittelstand vergessen, dann stehen sie auch im Fall eines Sieges vor einem kaum wieder zusammenfügbaren Scherbenhaufen. Die aufkommende Ratlosigkeit bis Panik bei den Regierungskoalitionsparteien ist nachvollziehbar: Eigentlich müssten sie sich bis zur nächsten Nationalratswahl strategisch, inhaltlich und personell neu aufstellen, aber wie soll das in zwei Jahren ohne schwierige interne Machtkämpfe gehen? Noch dazu ist eine ernsthafte und konstruktive Beschäftigung mit Migration, Asyl, Integration und dem Import von strenggläubigen Patriarchen, von Kriminellen und Terroristen vonnöten.

Theoretisch ist es möglich, dass eine sich richtig besinnende ÖVP ihre so viele Fortschritte hemmenden Machtstrukturen abbaut, um wieder eine echte Mit-

telstandspartei zu werden, statt in der Grätsche zwischen Konzernnähe und ÖAAB zu verkommen. Theoretisch ist es möglich, dass die Neos nicht nur als eine etwas „modernere Version“ der ÖVP daherkommen, sondern sich klar zu innovativen und nachhaltig wirkenden mittelständischen Zielgruppen bekennen. Theoretisch ist es auch möglich, dass die zwar mit Polarisierung agierende, aber doch auch noch bürgerliche FPÖ wieder ins Fahrwasser einer auf die Mitte der Gesellschaft und verantwortungsvolles Handeln ausgerichteten Bewegung kommt.

Die Grünen – wenn's nicht gerade die Wiener Rot-Grünen sind – haben auch schon den großen Wert der Klein- und Mittelbetriebe erkannt und könnten dementsprechend handeln. Ob die SPÖ je den Wandel zu einer den Mittelstand nicht ausbeutenden, sondern fördernden Partei schafft, ist bis dato zu bezweifeln – aber vielleicht gibt es auch da einmal eine Überraschung. Wer den zumindest annähernden Schritt zur mittelstands-freundlichen Partei nicht schafft, wird entweder in der Regierung an den Aufgaben scheitern und abgewählt oder in der Opposition marginalisiert werden.



WOLFGANG LUSAK
Unternehmensberater

Angespitzt



Pressespiegel

„Handelsblatt“
BASF liebäugelt mit Zukäufen

Der Chemiekonzern BASF ist im Rahmen seiner Wachstumsstrategie auch zu größeren Zukäufen bereit. Bei einer wirklich günstigen Gelegenheit sei BASF bereit, zu agieren, werde dabei aber nicht von seinen strikten Renditeanforderungen abrücken. Das sagte Firmenchef Kurt Bock dem „Handelsblatt“. „Wir schauen uns viele Dinge an, aber wir rechnen eben auch sehr spitz“, so der Manager. Ziel sei es, weiterhin stärker zu wachsen als die Branche, die derzeit mit jährlich 3,5 Prozent expandiert. (ag)

„Mediapart“
Empörung über LuxLeaks-Anklage

Der in Luxemburg angeklagte Whistleblower Antoine Deltour hat ein Unterstützungskomitee, das sich im Gästeblog von „Mediapart“ über den Prozess empört: „Das ist der Gipfel! Er soll der Kriminelle sein, obwohl er von allen Seiten für sein Handeln beglückwünscht und sein Mut gewürdigt wird – insbesondere durch den Europäischen Bürgerpreis, den ihm das Europaparlament 2015 verliehen hat.“ Das Gesetz biete keinen ausreichenden Schutz, eine EU-Richtlinie sei mehrdeutig. (apa)